

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Landesvorstand Bayern (Beschlossen am 13.04.2015)

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

G7-Gipfel: Kritisch begleiten, verantwortlich handeln

Klima retten, internationalen Handel fair gestalten, Armut bekämpfen!

Anfang Juni kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden Industriestaaten zum G7-Gipfel zusammen. Weiträumig abgeschottet von der Öffentlichkeit treffen sie sich auf Schloss Elmau im bayerischen Garmisch-Partenkirchen. Die G7 repräsentieren nur etwas mehr als 10 Prozent der Weltbevölkerung. Sie prägen aber mit ihrer Politik die Lebensrealitäten der Menschen überall auf dem Globus, die zu einem großen Teil unter den vielfältigen Folgen eines ungezügelten Kapitalismus leiden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die G7-Staats- und Regierungschefs dazu auf, ihrer großen Verantwortung gegenüber der Weltbevölkerung und zukünftigen Generationen gemäß zu handeln und zu verhandeln. Der Gipfel muss dazu beitragen, das Klima zu retten, den internationalen Handel fair zu gestalten und Armut zu bekämpfen.

Klima retten: Raus aus Kohle & Fracking

Kurz vor der Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 will Kanzlerin Merkel die Klimapolitik zu einem Schwerpunkt des G7-Gipfels machen. Doch mit unverbindlichen Absichtserklärungen ist das Klima nicht zu retten. Wir fordern, die deutsche G7-Präsidentschaft dazu zu nutzen, dass die führenden Industriestaaten jetzt verbindliche und ehrgeizige Klimamaßnahmen ergreifen. Um eine unkontrollierbare Klimakrise zu verhindern, darf sich die Erde bis Ende dieses Jahrhunderts höchstens um zwei Grad erwärmen. Dieses Ziel ist noch zu erreichen, wenn wir jetzt entschlossen handeln.

Die Industriestaaten stehen dabei besonders in der Pflicht. Sie müssen mit gutem

24 Beispiel voran gehen und konsequent von fossilen Energieträgern auf erneuerbare
25 Energien umsteigen. Die Förderung von Erdgas und Öl mittels Fracking muss sofort
26 beendet werden. Der Neubau von Kohlekraftwerken muss gestoppt und ein rascher
27 Ausstieg aus der klimaschädlichen Verbrennung von Kohle ermöglicht werden.

28 **Einsatz für fairen Handel: TTIP, CETA, TISA - So nicht!**

29 Mitglieder der G7 arbeiten derzeit an mehreren Handels- und
30 Investitionsabkommen: TTIP, CETA und das geplante multilaterale
31 Dienstleistungsabkommen TISA.

32 Mit TTIP und CETA sollen Schiedsgerichte eingeführt werden, die unseren
33 Rechtsstaat untergraben. Staaten können von Konzernen auf Schadensersatz
34 verklagt werden, wenn sie Gesetze verabschieden, die Investitionen weniger
35 profitabel machen als geplant. Das gilt auch für zentrale politische Fragen wie
36 die Förderung von Erdgas mittels Fracking oder den Anbau von Gentechnik. Mit den
37 Abkommen drohen zudem nationale und europäische Standards in der Sozial-,
38 Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik massiv abgesenkt zu werden.
39 Länder des globalen Südens werden durch die bilateralen Abkommen gezwungen, sich
40 an für sie nachteilige Regeln anzupassen, was die strukturelle Ohnmacht vieler
41 Staaten innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen verschärfen würde.

42 Außerdem besteht die Gefahr, dass durch TTIP, CETA und TISA die öffentliche
43 Daseinsvorsorge einem zunehmenden Privatisierungsdruck ausgesetzt wird. So ist
44 angedacht, dass einmal privatisierte Betriebe nicht mehr in die öffentliche Hand
45 zurückgeführt werden dürfen. Das würde den Gestaltungsspielraum der Kommunen
46 untergraben.

47 Die vom Europäischen Rat beschlossenen Mandate für TTIP und TISA und CETA, sowie
48 der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung deshalb
49 lehnen wir die Verhandlungsergebnisse ab. Wir fordern eine andere Handelspolitik
50 der EU und wollen entsprechende Abkommen transparent verhandeln und nach
51 sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausrichten. Etablierte
52 rechtsstaatliche Institutionen dürfen dadurch nicht in Frage gestellt werden.
53 Dem freien Handel darf nicht alles untergeordnet werden. Handelspolitik muss
54 eingebettet sein in Strategien zur Bekämpfung der Klimakrise und des
55 Artenschwundes, der weltweiten Armut und des Hungers. Als Antwort auf die
56 Globalisierung braucht es internationale Übereinkommen. Aber solche, die die
57 Weiterentwicklung sozialer und ökologischer Standards erleichtern, sowie die
58 Bedingungen für fairen Handel verbessern. CETA, TTIP und TISA müssen deshalb
59 gestoppt und Verhandlungen zu den EU-Handelsabkommen nach diesen Maßstäben neu
60 aufgestellt werden.

61 **Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen**

62 Die Menschheit verfügt über die politischen, wirtschaftlichen und
63 technologischen Mittel, faire Chancen für Alle zu eröffnen, ohne dass wir dabei
64 weiterhin Raubbau an der Natur betreiben müssen. Aber stattdessen spitzen sich
65 die globalen Krisen zu: Klimawandel, Hungersnöte und erschütternde Armut sind

66 Auswüchse des aktuellen globalen Wirtschafts- und Finanzsystems indem auch auf
67 Kosten der globaler Gerechtigkeit gewirtschaftet wird.

68 Die Armutsbekämpfung stand bei G7/G8-Gipfeln immer wieder auf der Tagesordnung.
69 Doch es blieb bei leeren Worten. Kaum ein G7-Land wendet, die seit langem
70 zugesagten, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auf.
71 Gleichzeitig entfallen weiterhin etwa 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben
72 auf die G7-Staaten und Agrarexporte aus den G7-Staaten zerstören kleinbäuerliche
73 Strukturen im globalen Süden.

74 Die bisherige Entwicklungspolitik muss neu ausgerichtet werden. Mit dem Aufstieg
75 der Schwellenländer ist die Aufteilung der Welt in den reichen Norden und den
76 armen Süden überholt und auch innerhalb vieler Länder öffnet sich die Schere
77 zwischen Arm und Reich immer mehr. Die ärmsten Länder, insbesondere die
78 politisch fragilen Staaten, drohen im Elend zu verharren. Gleichzeitig leben
79 zwei Drittel der Ärmsten heute in Ländern mit mittlerem Einkommen. Die Politik
80 der G7-Staaten muss darauf reagieren, sie muss sowohl ihr Selbstverständnis als
81 auch den Instrumentenkasten anpassen. Entwicklungspolitik muss deshalb auch mit
82 anderen Politikfeldern wie z.B. der Wirtschafts- und Agrarpolitik abgestimmt
83 werden.

84 **Kommt am 4. Juni nach München!**

85 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begleiten die G7-Vorbereitung und den Gipfel kritisch und
86 setzen sich mit den dort zu behandelnden Themen auseinander, um praktikable
87 Lösungen für die Probleme zu finden, die uns alle angehen. Wir Grüne wollen den
88 Gipfel nutzen, Alternativen zur Politik der Industrienationen aufzuzeigen. Wir
89 stehen ohne Wenn und Aber zum Demonstrationsrecht und gehen zusammen mit einem
90 breiten gesellschaftlichen Bündnis am 4. Juni in München auf die Straße. Die
91 Politik der G7-Staaten ist dafür verantwortlich, den weltweiten Kampf für mehr
92 Klimaschutz, für einen freien und fairen Handel und für den Ausgleich zwischen
93 Arm und Reich voranzubringen. Mit einem bunten und friedlichen Protest werden
94 wir Bundeskanzlerin Merkel und die anderen Regierungen an Ihre Verantwortung und
95 ihren Auftrag erinnern.

96 Kommt zahlreich!